



# Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-  
Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Petitzeile 20 Pfennig, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

**Inhalt:** Unser Osterglaube. — Bericht der Generalkommission für das Jahr 1910. (Fortsetzung.) — Aus der Reichsversicherungsordnungs-Kommission. (XXVI.) — Korrespondenzen (Zittau). — Rundschau. — Eingegangene Druckschriften. — Versammlungskalender. — Abreden-Veränderungen. — Briefkasten. — Abrechnungen. Beilage: Ueber 700 Millionen neuer Laften. (III.) — Drei Jahrzehnte deutscher Bücherausfuhr. (III.)

Für die Woche vom 16. bis 22. April 1911  
ist die Beitragsmarke in das mit 16 bezeich-  
nete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

## Unser Osterglaube

Im Herzen Deutschlands, im alten sagen-  
umwobenen Harz, liegen inmitten dunkler Wal-  
dungen zwei uralte, stille und geheimnisvolle  
Seen: der Ostersee und der heilige Teich. Wer  
auf der Wanderchaft an ihnen vorüberzog oder  
träumend im weichen Moose der Ufer ruhte, wer  
sinnend über die dunkle Wasserfläche blickte und  
dem Rauschen des Laubes der alten Buchen  
lauschte, dem raunten die Stimmen des Waldes  
manches uralte Geheimnis ins aufhorchende Ohr.  
Und er fühlte sich zurückversetzt in die graue Vor-  
zeit. Er sah altgermanische Männer und Frauen  
nach den stillen Wassern wachen, eine Stroh-  
puppe als Symbol des Winters in die düsteren Fluten  
versenken und der Frühlingsgöttin Ostara ihre  
Opfer darbringen. Das Schweigen des Waldes  
wurde unterbrochen von dem frohen Gesang und  
dem heiteren Spiel der glücklichen Menschen.  
Unsere Altvordern feierten das Wiedererwachen  
der Natur aus langen, lebentötendem Winter-  
schlaf, sie feierten ihr Auferstehungsfest, sie feierten  
Ostern!

Das ist die Bedeutung, in der wir noch heute  
das Osterfest begehen. Und wenn auch den alt-  
heidnischen schönen Gebräuchen und dieser Natur-  
verehrung unserer Vorfahren bei der Ausbreitung  
des Christentums durch fanatische Mönche mit  
List und Gewalt ein anderer Sinn zu unterschieben  
versucht wurde, ganz reslos ließen sie sich nicht  
aus dem Herzen des Volkes reißen bis auf den  
heutigen Tag. Auch heute flammen noch Oster-  
feuer von den Bergen, auch heute noch steigt man  
hinaus ins Freie, badet in den ersten wärmenden  
Strahlen der Sonne sein Herz gesund von den  
Sorgen des Winters und erfüllt es mit neuer  
Luft und Hoffnungsfreudigkeit. Aber das ist die  
Hauptsache: auch heute noch ist uns das Osterfest  
das Symbol für den ewigen Wechsel der Dinge,  
für die fortwährende Wiegeburt des Alten,  
Vorwärts, Verfallenen in neuer, schönerer, besserer  
Form, für die tausendfache Neugestaltung und  
Auferstehung, die dem Untergang folgt.

Aber wir glauben nicht nur an ein Vergehen  
und Wiederauferstehen von Jahr zu Jahr, sondern  
von Weltperiode zu Weltperiode, und nicht nur  
in der Natur, sondern auch in der Gesellschaft, in  
der menschlichen Gemeinschaft, im Staate. Die

ständige Weiter- und Höherentwicklung ist das  
Ewige, Unveränderliche in diesem Wechsel der  
Dinge. Und weil dieser Glaube, diese Ueber-  
zeugung durch jedes neue Osterfest immer von  
neuem gestärkt und gefestigt wird, deshalb erfüllt  
uns die alljährliche Auferstehungsfeier mit immer  
neuer Hoffnung und Siegeszuversicht, daß sich  
unser gegenwartsstaat trotz des hemmenden  
Wirkens der Finsternisse unbedingt weiter ent-  
wickeln muß, immer neuen, besseren Formen zu.  
Die gegenwärtige menschliche Gesellschaft, die auf  
der rücksichtslosesten Ausbeutung des Menschen  
durch den Menschen beruht, muß sich weiter  
entwickeln zu einem wahren brüderlichen Zu-  
sammenwirken, zu einer edlen harmonischen Ge-  
meinschaft. Das Auferstehungsfest zeigt uns  
durch das Keimen und Blühen und Entwideln  
draußen in der Natur, daß unser Glaube, unsere  
Ueberzeugung nicht auf toten Worten, sondern  
auf festen, unerschütterlichen Tatsachen beruht.

Und dräut der Winter noch so sehr  
Mit trohigen Gebärden,  
Und streut er Eis und Schnee umher —  
Es muß doch Frühling werden!

Und drängen Rebel noch so dicht  
Sich vor den Blick der Sonne —  
Sie wedet doch mit ihrem Licht  
Sinnal die Welt zur Wonne!

Deshalb lachen wir auch aller Wählerreien  
und Hemmerfuche der Reaktion, die diesen un-  
abänderlichen Fortschritt aufzuhalten versucht.  
Wir wissen, daß dieses Unterfangen kindlich,  
töricht und unfinnig ist. Das Rad der Zeit läßt  
sich nicht zurückschieben. Es rollt über die kleinen  
Gernegroße, die es trotzdem versuchen, unerbittlich  
hinweg.

Auch gegenwärtig sucht man wieder dem  
Fortschritt Dämme entgegenzustellen. Die ganze  
Meute der Scharfmacher schreit nach der Anbelung  
der Pioniere des Fortschritts, nach Ausnahmegesetzen  
gegen die klassenbewußte Arbeiterschaft. Trotzdem die „Umsturz“prozesse der letzten Zeit,  
die den Scharfmachern und ihren dienstbefähigten  
Handlangern in den bürgerlichen Fraktionen der  
Parlamente und in der Regierung Waffen in dem  
Kampf gegen die Arbeiterbewegung liefern  
sollten, ganz im entgegengesetzten Sinne wirkten  
und das Scharfmachertum, seine gelben Präto-  
rianergarden und vor allen Dingen die Polizei  
und die Regierung aufs schwerste kompromittierten,  
rißst man doch immer weiter zum Kampf. Was  
kann es auch diesen brutalen Herrenmenschen  
darauf an, ob das Recht auf ihrer Seite ist oder  
ob sie ihre Maßnahmen auch nur mit einem  
Schein des Rechts zu begründen vermögen. Wo  
ihnen weder das Recht noch ein Schein des Rechts  
zur Seite steht, da wird eben mit nackter Gewalt  
das zu erreichen versucht, was auf legalem Wege  
nicht erreicht werden konnte.

Die Unterdrückungsmaßnahmen gegen die  
freie Jugendbewegung liefern ein Beispiel unter  
vielen. Seit sich die Arbeiterjugend von den

förmelnden Jünglings- und Jungfrauenvereinen  
und den hurrapatrischen Jugendverbänden  
zu emanzipieren und auf sich selbst zu bestimmen  
begann, haben die herrschenden Klassen und ihre  
Dienerin, die Regierungsbureaucratie, die eigenen  
Vereinigungen der Arbeiterjugend mit schlotternder  
Angst beobachtet und mit allen Gewaltmitteln be-  
kämpft. Eingedenk des Wahlspruches: Preußen  
in Deutschland voran und Deutschland in der  
Welt voran — im Kampf gegen Fortschritt und  
Kultur — hat besonders die preußische Regierung  
in der Niederzwingung der freien Jugendbewegung  
bahnbrechend zu wirken versucht. Man begnügte  
sich nicht mit der Auflösung der freien Jugend-  
organisationen, sondern man sucht sie auch durch  
eine behördlich konzessionierte und aus den  
Steuergroschen des Volkes subventionierte Jugend-  
„pflege“ zu ersetzen, um die Arbeiterjugend ihren  
ernsten und heiligen Bildungsbestrebungen und  
ihrem Ringen nach klarer Erkenntnis zu ent-  
ziehen und sie in die Zwangsjacke der „nationalen“  
oder förmelnden Jugendvereine unter päffischer  
oder bureaukratischer Bevormundung zu pressen.  
Dadurch sucht man den Saß von der Einleitung  
einer „planmäßigen Ausgestaltung der Jugend-  
fürsorge“ in der Thronrede vom 10. Januar 1911  
so schnell als möglich zu verwirklichen.

So eilig hat man es mit der Einlösung eines  
anderen, weit älteren Versprechens, das in feier-  
licher Stunde vor dem Landtage verlobet wurde,  
bei weitem nicht. Das Königswort, durch das  
in der Thronrede vom Oktober 1908 eine Reform  
des preußischen Dreiklassenwahlsystems, das sogar  
von Bismarck als das elendeste aller Wahlsysteme  
bezeichnet wurde, feierlich gegeben wurde, harrt  
noch immer der Einlösung. Die Massen des  
Volkes fordern die vollständige politische Gleich-  
berechtigung in Preußen. Aber gerade diese  
Gleichberechtigung, die den Damm der Reaktion  
halb durchbrechen und dem Fortschritt eine Gasse  
bahnen würde, fürchten die reaktionären Gewalt-  
menschen, und deshalb suchen auch ihre gleich-  
gestimmten stöckreaktionären Kommis in der Re-  
gierung die Einlösung jenes Königswortes mit  
allen Kräften zu hintertreiben. Die Rechte des  
Volkes sollen nicht erweitert, sondern womöglich  
noch beschritten werden! Das ist der Grundsatz,  
der den Volksfeinden aller Arten konsequent als  
Richtschnur dient.

Hat man doch, um noch ein Beispiel zu  
nennen, auch in der Reichsversicherungsordnung  
die Volksrechte zu beschneiden und den Einfluß  
der Arbeiter, den diese besonders in der Kranken-  
versicherung ausübten und durch den dieser Ver-  
sicherungszweig ungemein gefördert wurde, zu  
brechen versucht. Ob der Streich gegen die Selbst-  
verwaltung in den Krankenkassen und für die  
möglichst vollständige Ausgestaltung des Mit-  
bestimmungsrechtes der Arbeiter in den anderen  
Versicherungszweigen gelingen wird, muß ab-  
gewartet werden. Jedenfalls zeigen aber schon  
die in dieser Richtung laufenden Bemühungen,  
weisen sich das Volk und weisen sich hauptsächlich  
die Arbeiterklasse versehen kann.

Über wenn die Herrschenden glauben, durch diese kleinlichen Versuche zur Entrechtung und Rechtslosmachung des Proletariat in seinem Vorwärtsdrängen aufhalten zu können, wenn sie meinen, gegen den kulturellen Fortschritt einen Damm aufgerichtet zu haben, dann haben sie sich schwer getäuscht. Das fortschrittliche Volk ist mit der Selbsteigenschaft, mit dem Absolutismus, mit dem berichtigten Sozialistengesetz fertig geworden, seine Widersacher sind in allen Entwicklungsperioden der menschlichen Gesellschaft vom ewig vorwärtsrollenden Rade der Zeit zur Seite geschleudert oder zermalmt worden — es wird auch mit neuen reaktionären Hemmsuchen und ihren Vätern fertig werden. Auch über sie wird der Fortschritt triumphieren. Das Osterfest lehrt es uns: Es muß doch Frühling werden! Und wie in der Natur der Frühling dem Winter folgt, so muß auch der Winter, der sich periodisch über die menschliche Gesellschaft breitet, unbedingt durch einen neuen Frühling, durch einen Völkerfrühling im wahren Sinne des Wortes abgelöst werden.

Aber auch im Winter ruht ja das Vorwärtsdrängen, die Weiter- und Höherentwicklung nicht! Unter der Schneedecke keimen die Körner, deren Halme im Frühling der Sonne entgegenstreben, deren Blüten im Sommer reifen und deren Früchte wir im Herbst ernten. Jedes Samenorn erstet uns vielfach wieder! Und ebenso entwickelt sich unter der Schneedecke des Winters der Reaktion ein geheimnisvolles Leben, ein schaffendes Werden, ein Sprossen und Keimen, das sich zur Höhe, zum Lichte drängt, sobald seine Zeit gekommen ist. Es wird vielleicht nicht mehr lange dauern, bis auch auf den gegenwärtigen Winter deutscher, besonders preussischer Reaktion der befreiende Frühling folgt.

Die Idee läßt sich eben nicht ertöten. Sie kann eine zeitlang im stillen wirken, aber nur, um zur rechten Zeit siegreich hervorzubrechen. Das lehrt uns sogar die christliche Osterfeier! Der große Nazarener starb unter der Hand seiner Peiniger. Dem martirischen Kreuzestod auf Golgatha erlag der Träger der Idee des Fortschritts, der Höherentwicklung des Menschengeschlechts. Die Idee selbst konnte aber nicht ertötet werden. Sie feierte sieghafte Auferstehung, wie sie nach jedem neuen Unterdrückungs- und Ausrottungsversuche, nach jeder Periode geheimnisvollen, stillen Wirkens immer wieder sieghafte allebezwingende Auferstehung feiern wird. Das ist unser Osterbekenntnis, das uns mit Hoffnungsfreudigkeit und mit fröhlicher Siegeszuversicht erfüllen wird jetzt und immerdar.

pb.

## Bericht der Generalkommission für das Jahr 1910.

(Fortsetzung.)

Die Vorgänge in Moabit haben nicht minder auftrittend gewirkt. Durch das brutale und provokatorische Auftreten der Hinzschen Streikbrechergarde sowie das eigenartige Eingreifen der Polizei aus Anlaß eines Streiks bei der Kohlenfirma Kupfer u. Co. waren in Moabit Unruhen entstanden. Die Scharfmacher witterten Morgenluft. Sie machten die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie für jene Unruhen verantwortlich, um den Ruf nach Streik- und Zuchthausgesetzen gegen die Gewerkschaften und Ausnahmegesetzen gegen die Sozialdemokratie erheben zu können. Die ungläubliche Heße, die von der der Regierung und den Scharfmachern zur Verfügung stehenden gesinnungstüchtigen Presse gegen die organisierte Arbeiterschaft in Szene gesetzt wurde, um die Bevölkerung in Angst zu versetzen und sie den reaktionären Zwecken dienlich zu machen, gab der Generalkommission Veranlassung, in Gemeinschaft mit dem Parteivorstand die Arbeiterschaft zur Abwehr jener nichtswürdigen Pläne aufzurufen. Ein aufklärendes Flugblatt gelangte im ganzen Reiche zur Verbreitung und in mehreren hundert Versammlungen wurde die Bewußtsein über die Vorgänge in Moabit und die Absichten der Scharfmacher unterrichtet. Die Prozeßverhandlungen vor der Strafkammer und

dem Schwurgericht in Moabit setzten diese Aufklärungsarbeit in glänzender Weise fort und führten zu einer argen Bloßstellung der Polizei.

Die proletarische Jugendbewegung hat sehr erfreuliche Fortschritte gemacht. Wesentlich hat dazu die am 18. und 19. April 1910 in Berlin tagende Konferenz der Jugendausschüsse beigetragen. Die Konferenz hat die Richtlinien für die einzelnen Tätigkeitsgebiete der Jugendbewegung festgesetzt. Das vom Genossen Korn auf der Konferenz gehaltene Referat über die bürgerliche Jugendbewegung gab die Zentralstelle in erweiterter Form als Broschüre heraus. Ebenso ist das vom Genossen Robert Schmidt erstattete Referat über den Jugendschutz als Broschüre erschienen.

Zur Förderung der Einheitslichkeit der Bewegung und zur Unterstützung der örtlichen Jugendausschüsse sind Bezirksleitungen eingerichtet worden. Die Zentralstelle hat eine „Anleitung zur Bildung von Agitationsbezirken für die Jugendausschüsse“ herausgegeben. Die Bezirksleitungen sollen folgende Aufgaben haben:

1. Agitation für die Jugendbewegung zu betreiben und in den Kreisen der Erwachsenen das Verständnis für die Jugendbewegung zu fördern.
2. Sammlung alles für die Jugendbewegung wichtigen Materials.
3. Vortragstouren vorzubereiten und Redner für die Veranstaltungen der Jugendausschüsse zu vermitteln.
4. Den Jugendausschüssen Auskünfte und Anregungen zu geben, ihnen überhaupt mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

Solche Bezirksauschüsse bestehen für: Groß-Berlin, Brandenburg, Hamburg, Schleswig-Holstein, westfälische Westfalen, Oberrhein, Niederrhein, Regierungsbezirk Merseburg, Thüringen, Hannover-Braunschweig und Oldenburg-Niedersachsen. Im Laufe des Jahres haben fünf Bezirkskonferenzen stattgefunden.

Die Zahl der Jugendausschüsse stieg von 330 auf 377; die Abonnenten der „Arbeiter-Jugend“ von 32000 auf 54000. Zurzeit beträgt der Abonnentenstand zirka 57000. Jugendheime bestehen in mehr als hundert Orten, in verschiedenen Großstädten bestehen mehrere Jugendheime. Im Laufe des Jahres sind von der Zentralstelle vier verschiedene Flugblätter in mehreren hunderttausend Exemplaren verandt worden. In letzter Zeit ist ein neues Flugblatt zur Aufklärung der Arbeiterjugend über die neue staatliche Jugendpflege erschienen. Zugleich hat die Zentralstelle „Anleitungen zur körperlichen Ausbildung der arbeitenden Jugend“ herausgegeben. Das Jugendlieberbuch, dessen erste Auflage von zirka 50000 Exemplaren bald vergriffen sein dürfte, soll unter Berücksichtigung der bisher laut gewordenen Wünsche neu erscheinen.

Die Gesamtausgaben der Zentralstelle im Jahre 1910 betragen 15 151 Mk., wovon 9351 Mk. auf die „Arbeiter-Jugend“ entfielen.

Die unter der arbeitenden Jugend betriebene Bildungsarbeit hat immer mehr den Jörn der preussischen Bureaucratie erregt. Der preussische Minister des Innern hat an die ihm untergeordneten Organe die Anweisung ergehen lassen, Mittel und Wege ausfindig zu machen, wie die bestehenden Jugendorganisationen für politisch erklärt und aufgelöst werden können. Der Auflösungsseifer machte aber nicht Halt bei den Jugendorganisationen. Die Polizeibehörden gingen dazu über, auch die Jugendkommissionen und, wo solche nicht mehr bestehen, die „freie Jugendbewegung“ aufzulösen. Die Polizei übersteht in ihrem Auflösungsseifer nur, daß die Jugendbewegung unauflösbar ist, weil sie in den Hirnen und Herzen der Arbeiterjugend ihre Statt hat. Das Vorgehen der Polizei hat denn auch nur den Erfolg gehabt, der Jugendbewegung zu einer desto schnelleren Entwicklung zu verhelfen.

In Erlebung der von dem Kölnner Gewerkschaftskongreß beschlossenen Resolution betreffend Gewerkschaften und Genossenschaften und der Beschlüsse des Düsseldorfener Genossenschaftstages haben im Laufe des Berichtsjahres Verhandlungen zwischen dem Vorstand des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine und der Generalkommission stattgefunden, die zu Vereinbarungen führten über:

1. Die Behandlung der Strafanstaltserzeugnisse,
2. Die Behandlung der Heimarbeit,
3. Die genossenschaftlichen Pflichten der Gewerkschaftsmitglieder,
4. Die Anerkennung der Gewerkschaften, deren Tarife und gewerkschaftsüblichen Arbeitsbedingungen bei Lieferungsaufträgen und Vergabe von Arbeiten,
5. Die Errichtung von industriellen Arbeitsgenossenschaften.

Der Wortlaut dieser Vereinbarungen ist in Nr. 26 des „Correspondenzblatt“ vom 2. Juni 1910 veröffentlicht. Der siebente deutsche Konsumgenossenschaftstag zu München (12.—17. Juni 1910) hat den Vereinbarungen zugestimmt. Die Sanktion des Gewerkschaftskongresses steht noch aus.

Der Internationale sozialistische Arbeiter- und Gewerkschaftskongreß in Kopenhagen (28. August bis 3. September 1910) war entsprechend der zwischen Parteivorstand und Generalkommission getroffenen Vereinbarung von 100 Gewerkschafts- und der gleichen Zahl Parteidelegierten besetzt. Von besonderer Bedeutung für die Gewerkschaften war die Verhandlung des österreichischen Gewerkschaftsfreites, die zu einer geschlossenen Stellungnahme des Kongresses gegen die tschechischen Separatisten führte. Auch an der Genossenschafts- und Arbeitslofrage waren die Gewerkschaften besonders interessiert.

Eine internationale Konferenz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit tagte vom 18.—21. September v. J. in Paris. Die Generalkommission hat der ihr zugegangenen Einladung Folge geleistet und zu der Konferenz zwei Vertreter entsandt. Der Konferenz sind außerdem zwei schriftliche Referate über: „Die Organisation der Arbeitslosenversicherung“ und „Zur Regelung der Arbeitsvermittlung“ in deutscher, englischer und französischer Sprache zugestellt worden.

Die Generalkommission der Gewerbegerichtsbeisitzer (Arbeitnehmer), die ihren Sitz in Dresden hatte, hat sich Ende v. J. aufgelöst. Eine vom 13. bis 14. September 1910 vor dem Verbandstag deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte in Köln abgehaltene Konferenz der Gewerbegerichtsbeisitzer (Arbeitnehmer), auf der auch die Generalkommission vertreten war, erklärte sich damit einverstanden, daß die der Generalkommission der Gewerbegerichtsbeisitzer obliegenden Aufgaben der sozialpolitischen Abteilung der Generalkommission übertragen werden. Die sozialpolitische Abteilung hat inzwischen die Geschäfte der früheren Generalkommission übernommen.

Im Laufe des vorigen Jahres ist an die Generalkommission wieder mehrfach von Gewerkschaftsstellern das Ersuchen gerichtet worden, eine besondere Organisation der Arbeitervertreter (Gewerbe- und Schiedsgerichtsbeisitzer usw.) ins Leben zu rufen. Der vierte Gewerkschaftskongreß zu Stuttgart (1902) hat zu der Frage der Organisation der Vertreter in der Sozialgesetzgebung Stellung genommen und eine besondere Organisation dieser Arbeitervertreter als untunlich abgelehnt. Die Stellungnahme der Generalkommission gegenüber solchen Anträgen ist also ohne weiteres gegeben. Die Arbeitervertreter bilden keine besondere Gruppe in der Arbeiterbewegung, sondern lediglich Beauftragte ihrer Organisationen; eine Sonderorganisation derselben hat nicht die geringste Berechtigung. Die Vereinigung der Arbeitervertreter wird herbeigeführt durch die gewerkschaftlichen Organisationen und das Zentralarbeitssekretariat bzw. die sozialpolitische Abteilung der Generalkommission.

Das Direktorium der Internationalen Hygieneausstellung Dresden 1911 hatte die Generalkommission zur Beteiligung an der Ausstellung eingeladen und dabei besonderes Gewicht auf Vorführungen auf dem Gebiete der Heimarbeit gelegt. Eine Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände beschloß, der Einladung Folge zu leisten und neben der Beteiligung in der wissenschaftlichen Abteilung eine besondere gewerkschaftliche Heimarbeitsausstellung zu veranstalten. Ein Ausstellungskomitee, bestehend aus Vertretern der elf Industriegruppen und der Generalkommission wurde mit der Erledigung der vorbereitenden Arbeiter beauftragt. Nachdem bereits umfangreiche Vorarbeiten geleistet und nicht

unerhebliche Ausgaben gemacht waren, hat das Direktorium auf Verlangen der sächsischen Industriellen und der Regierung die der Generalkommission bezüglich der Heimarbeitausstellung gemachten festen Zusagen zurückgezogen und Bedingungen gestellt, denen die Gewerkschaften sich nicht fügen konnten. Die Gewerkschaften verzichteten daraufhin auf jede Beteiligung an der Ausstellung.

#### Agitation.

Die Gewährung von Zuschüssen zur Anstellung von Gewerkschaftssekretären und Gründung oder Erhaltung von Arbeitersekretariaten ist auch im Berichtsjahre wieder mehrfach beantragt worden. Diesen Anträgen konnte die Generalkommission nur in sehr beschränktem Umfang Folge leisten, weil die nach dem Beschlusse des Frankfurter Gewerkschaftskongresses für die Gewährung solcher Unterstützungen erforderlichen Voraussetzungen fehlten.

Die für die Rechtsauskunftserteilung erforderlichen Bücher sind vielfach an finanzschwache Kartelle geliefert worden. Auch Mittel zur Mietung von Versammlungsorten sind, soweit notwendig hergegeben. Dagegen mußten alle Anträge, Mittel zum Kauf oder Bau von Versammlungsorten zur Verfügung zu stellen, abgelehnt werden. Zu Gewerbegerichts- und Krankentassenwahlen in Orten, in welchen die erforderlichen Agitationsmittel von den Gewerkschaften nicht aufgebracht werden konnten, gewährte die Generalkommission Beihilfen.

Die Agitationskommissionen, für welche die Generalkommission die erforderlichen Mittel ganz oder teilweise hergibt, haben im Berichtsjahre eine Aenderung nicht erfahren.

Wie in früheren Jahren, wurden zwei der italienischen Sprache kundige Agitatoren in den Wintermonaten in die Bezirke Italiens gesandt, aus welchen hauptsächlich die Einwanderung der Arbeiter nach Deutschland erfolgt. Die in München errichtete Auskunfts- und Agitationsstelle für die aus Italien kommenden Ziegeleiarbeiter ist, weil sie sich als zweckmäßig erwiesen hat, weiter aufrecht erhalten worden.

(Fortsetzung folgt.)

## Aus der Reichsversicherungsordnungskommission.

### XXVI.

Jetzt endlich ist die Kommission mit der Beratung des Entwurfs fertig. Im weiteren Verlauf der dritten Lesung wurden nur noch redaktionelle Aenderungen vorgenommen. Die Zahl dieser Aenderungen ist sehr groß; trotzdem ist die Fassung des Gesetzes auch jetzt noch nicht so klar und frei von Widersprüchen, wie es bei einem derartigen umfangreichen und wichtigen Gesetz unbedingt gefordert werden muß. Bei allen solchen Gelegenheiten zeigt sich immer wieder und wieder der Mangel der gegenwärtigen Gesetzgebung. Im Reichstage ist nicht eine in sich geschlossene einheitliche Mehrheit maßgebend, sondern jedes Gesetz ist das Resultat eines Kompromisses zwischen Parteien, die in vielen Punkten ganz entgegengesetzter Anschauung sind. Das ist der Grund dafür, daß die wichtigsten Gesetze oft genug die schlimmsten Widersprüche enthalten. Dieser Mangel zeigt sich um so schärfer bei der Reichsversicherungsordnung, wie sie jetzt gestaltet ist, weil in der dritten Lesung das Zentrum bei einzelnen Abschnitten die Hand selbst zu solchen Verschlechterungen geboten hat, die in den früheren Abschnitten bereits abgelehnt worden sind. So sind die Bestimmungen über die Landkrankentassen noch viel arbeiterfeindlicher als die über die Ortskrankentassen. Die Konserwativen haben eben Wert darauf gelegt, den Landarbeitern die allernüchternsten Bestimmungen aufzuerlegen, und das Zentrum hat diesen Anforderungen nachgegeben.

Im ganzen freilich waren bei allen Kompromißparteien, also sowohl bei den Konserwativen als auch beim Zentrum und bei den Nationalliberalen durchaus arbeiterfeindliche Bestrebungen entscheidend. Je länger sich die Verhandlung hingezogen hat, um so deutlicher trat es zu Tage, daß diese Parteien die wirklichen Verbesserungen der Arbeiterversicherung aufs äußerste

einschränkten und vor allen Dingen darauf bedacht waren, die Entrechtung der Arbeiter in der Krankenversicherung gründlich zu besorgen. Das Resultat ist denn auch ganz nach dem Herzen der schlimmsten Scharfmacher. Es ist sogar schlimmer, als es nach der Regierungsvorlage zu erwarten war. Die Regierungsvorlage wollte zwar auch die Rechte der Arbeiter in der Verwaltung der Krankentassen verschlechtern, als Entgelt dafür aber sollten den Arbeitern eine Entlastung in den Beiträgen für die Krankenversicherung zugestanden werden. Die Kompromißparteien haben sich damit begnügt, nur den einen Teil dieses Programms durchzuführen, den Arbeitern die letzten Rechte in der Verwaltung der Krankentassen zu entreißen, dagegen die Belastung der Arbeiter durch die Beiträge für die Krankenversicherung in keiner Weise zu vermindern.

Auch die Sozialdemokraten haben die Halbierung der Beiträge abgelehnt; aber nicht deshalb, weil sie gegen eine Entlastung der Arbeiter wären, sondern einzig und allein deshalb, weil die Entlastung nach der Regierungsvorlage die Voraussetzung für die Entrechtung der Arbeiter sein sollte. Darüber durften die Sozialdemokraten nicht den geringsten Zweifel lassen, daß die Arbeiterschaft sich unter keinen Umständen ihre Rechte aufkaufen läßt. Deshalb war es für die Sozialdemokraten selbstverständlich, daß sie unter diesen Umständen eine Veränderung in der Verteilung der Beiträge ablehnen mußten, damit sie um so nachdrücklicher die Entrechtung der Arbeiter in der Leitung der Krankentassen bekämpfen konnten. Das haben sie denn auch mit dem nötigen Nachdruck getan. Sie konnten nachweisen, daß alle Beschwerden, welche die Gegner gegen die Selbstverwaltung der Arbeiter in den Krankentassen vorbrachten, zum Teil auf unwarigen Angaben beruhten; soweit sie aber berechtigt waren, in keiner Weise die Entrechtung der Arbeiter rechtfertigen zu können. Das, was viel mehr in dieser Beziehung in Betracht kam, war einzig und allein die Notwendigkeit, gewisse Kontrollmaßnahmen zur Durchführung zu bringen. Die Entrechtung der Arbeiter erfolgt nicht, weil sich das Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter zu wenig, sondern weil es sich zu gut bewährt hat. Die gegenwärtige Entwicklung der Krankenversicherung unter der Leitung der Arbeiter erschien unseren Gegnern unerträglich, weil dadurch die Arbeiter den Beweis lieferten, daß sie selbst ihre Angelegenheiten am besten verwalten, einer Bevormundung durch die herrschenden Klassen nicht bedürftig sind. Die schwere Verschlechterung kann auch durch die geringen Verbesserungen der Arbeiterversicherung nicht ausgeglichen werden. Die jetzige Arbeiterversicherung ist so mangelhaft, daß keine Reform denkbar war, bei der nicht eine ganze Reihe von Verbesserungen in nebenwichtigen Punkten vorgenommen würden. Dies ist denn auch geschehen; in allen wichtigen Punkten aber konnten unsere Genossen in der Kommission die notwendigen Verbesserungen nicht erreichen. So sind die Leistungen der Arbeiterversicherung fast durchaus unverändert geblieben. Selbst die ganz ungenügende Invalidenrente ist nur um ein Geringfügiges erhöht worden, so daß nach wie vor die Arbeiterinvaliden eine ganz ungenügende Unterstützung erhalten. Die Witwen- und Waisenversicherung ist nach den Vorschlägen des Regierungsentwurfes angenommen worden, obgleich in der Kommission anerkannt werden mußte, daß die Renten in den meisten Fällen geringer sein werden als die Armenunterstützung. Ganz besonders schwer werden es die Arbeiter aber empfinden, daß an der Leitung der Berufsgenossenschaften in der Unfallversicherung gar nichts geändert worden ist. Hier bleiben die Arbeitgeber allein nach wie vor maßgebend, die arbeiterfeindliche Praxis wird auch fernerhin die armen verunglückten Arbeiter aufs äußerste drücken.

Nach den Osterferien wird die Vorlage im Plenum des Reichstages zur Beratung kommen. Hier wird es sich zeigen, ob die bürgerlichen Parteien es wagen werden, die Vorlage wirklich mit all ihren arbeiterfeindlichen Bestimmungen anzunehmen. Die Sozialdemokraten werden sich bemühen, auch bei dieser Gelegenheit die Rechte der Arbeiter aufs entschiedenste zu vertreten. Die Hauptsache aber wird sein, daß die Arbeiter selbst

nicht ruhen, daß sie überall die arbeiterfeindlichen Bestimmungen des Entwurfs besprechen, gegen sie protestieren und ihre Forderungen auf Verbesserung der Vorlage stellen. Mögen sich hieran auch die Leser unseres Blattes eifrig beteiligen.

## Korrespondenzen.

Zittau. Nachdem durch rührige Agitationsarbeit die Kollegenschaft Zittaus zu 75 Prozent sich der Organisation angeschlossen hat und nachdem es schon mehrere Male gelungen war, in den beiden größeren Druckereien die Löhne des Hilfspersonal, namentlich der Anlegerinnen, durch Vortragsreden der Organisationsleitung, auf 10 und 10,50 Mk. zu erhöhen, hatte die Kollegenschaft in einer Versammlung beschlossen, den maßgebenden Druckereien eine Tarifvorlage zu unterbreiten, in welcher eine gleichmäßige Regelung der bestehenden Löhne gewünscht wurde. Da es aber die Prinzipale, wie vorausgesehen war, nicht so eilig mit der Beantwortung dieser Eingabe hatten, mußte der Kollege Franz Herrmann in seiner Eigenschaft als Gauleiter die Regelung dieser Angelegenheit in die Hände nehmen. Ihm ist es nun gelungen, mit der Firma Karl Boes einen Lohnvertrag auf 3½ Jahre für das selbst beschäftigte Hilfspersonal abzuschließen, in welchem festgelegt ist, daß die bestehenden Löhne am 1. Mai und 1. Oktober d. J. sowie am 1. Mai und 1. Oktober nächsten Jahres je eine fünfprozentige Lohnerhöhung erfahren, sodas bis zu diesem Zeitpunkt die verlangten Löhne 12 Mk. für Anlegerinnen, 10,50 Mk. für Bogenfängerinnen, 10 Mk. für Hilfsarbeiterinnen und 21 Mk. für geübte Steinschleifer erreicht sind. Außerdem wurde die Feiertags- und Ueberstundenbezahlung, letztere mit 33½ Prozent, auch die Entschädigung aller sich durch § 616 des B. G. B. ergebenden Behinderungen zugestanden. Der Geschäftsführer der Firma Schiemann u. Co. jedoch wollte prinzipiell von einem schriftlichen Abschluß nichts wissen, was ja nicht weiter verwunderlich ist, da er im Nebenamt örtlicher Vorsitzender des Deutschen Buchdrucker-Vereins ist und mit denselben Argumenten eine Tarifierung des Hilfspersonal zu widerlegen versucht, wie seinerzeit die Dresdener Prinzipale. Jedoch gelang es nach fast zweifundiger Verhandlung, eine Zulage von 50 Pf. für die Anlegerinnen und Bogenfängerinnen, die am 1. Juli erstmalig auszuzahlen werden soll, zu erreichen. Auf weiteres wollte sich der Herr nicht einlassen, da er erst auf eine frühere Eingabe unsererseits hin eine generelle Zulage von 1 Mk. und 50 Pf. gewährt habe. Er ließ aber durchblicken, daß das, was seine Konkurrenz zu zahlen imstande sei, er jederzeit seinem Hilfspersonal auch zahlen könnte. Da wir nun seinem gegebenen Ehrenwort, mit dem er die Gewährung der versprochenen Zulagen versicherte, glauben müssen, haben wir von weiteren Schritten Abstand genommen; wir werden aber nicht verfehlen, zu geeigneter Zeit ebenso unsere weiteren Zulagen zu fordern als wie sie uns für die Kollegen der anderen Offizin schriftlich gemeldet sind. Es mag sein, daß den Zittauer Prinzipalen das Vorgehen der Hilfsarbeiter nicht angenehm ist und das sie die Organisationsleiter, die daselbst Personal auf einmal nach ihrer Ansicht und eigenen Ausdruck zu denartigen unverhohlenen Forderungen aufgebeht hätten, sonst wohin wüßten. War es ihnen doch möglich, früher die Anlegerinnen mit 8 und 9 Mk., ja die verheirateten Steinschleifer mit 15, 16 und 17 Mk. entlohn zu können. Aber mit diesen Tatsachen müssen sich die Herren nun einmal abfinden, denn nicht die angebliche Aufhebung durch die Verbandsfunktionäre ist die Ursache der gestellten Forderungen, sondern die Verteuerung der wirtschaftlichen Verhältnisse einestseits und die immer größer werdende Arbeitsleistung des einzelnen andernteils lassen das Hilfspersonal erkennen, daß nur durch Einigkeit und Geschlossenheit innerhalb der gewerkschaftlichen Organisation diese Verhältnisse abgeändert werden können. An der Zittauer Kollegenschaft wird es nun liegen, durch ferneres festes Zusammenhalten und durch weiteren intensiven Ausbau der Organisation das Erreichte ungeschmälert genießen zu können. Darum erlauben sie nicht in ihrem bisher bewiesenen Eifer, denn unsere nächste Aufgabe muß sein, auch in den übrigen Druckereien das Errungene durchzuführen zu können. Klären sie darum die noch Fernstehenden dahin auf, daß es uns nur durch engeren Zusammenhalt möglich war, die früheren ortsüblichen niederen Löhne zu verbessern und dieser Mahnung ergeht noch ganz besonders an die Kollegenschaft von Schiemann u. Co., denn sie muß auf der Hut sein, daß das Versprochene auch zur Wirklichkeit wird. Wenn wir auch bei diesem Vorzuge noch keinen vollen Erfolg zu verzeichnen hatten, so

müssen wir das noch nicht Erreichte nachholen und selbst mit etwas mehr Nachdruck zu erreichen suchen. Darum beachten sie, daß Einigkeit zum Ziele führt.

## Rundschau.

Eine Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände fand am 27. und 28. März in Berlin statt. Sie hatte sich in der Hauptsache mit der Durchführung der zwischen der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und dem Zentralverband deutscher Konsumvereine getroffenen Vereinbarungen zu befassen. Hinsichtlich der Bekämpfung der Heimarbeit werden Generalkommission und Zentralverband der Konsumvereine einen gemeinsamen Aufruf erlassen, der den Mitgliedern der Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften die schweren wirtschaftlichen und hygienischen Schäden der Heimarbeit vor Augen führt und sie auffordert, Heimarbeitszeugnisse beim Einkauf zurückzuweisen, vor allem solche aus den Branchen der Lebens- und Genussmittel, Bekleidungs- und Haushaltsgegenstände. Soweit die Genossenschaften zur Eigenproduktion in modernen Betrieben und mit hygienisch und gewerkschaftlich geregelten Arbeitsverhältnissen übergegangen ist, sind deren Erzeugnisse in erster Linie zu berücksichtigen. — Ferner werden Generalkommission und Zentralverband der Konsumvereine gemeinsam ein Merkblatt zur Bekämpfung der Heimarbeit herausgeben, das in den Gewerkschaftsbüros und Konsumvereinsbüros unentgeltlich abgegeben ist. — Die ständige Verorgung der Arbeiterpresse mit aufklärenden Artikeln und Notizen über die Schädlichkeit der Heimarbeit wurde der „Sozialpolitischen Abteilung“ der Generalkommission übertragen. Die weiteren Vereinbarungen betreffen den Ausschluß von Strafankaltserzeugnissen aus dem Warenvertrieb der Konsumvereine, die Errichtung industrieller Arbeitsgenossenschaften, die Anerkennung der Gewerkschaften, deren Tarife und der gewerkschaftsüblichen Arbeitsbedingungen bei Lieferungsverträgen und Vergütung von Arbeitern der Konsumvereine und die genossenschaftlichen Pflichten der Gewerkschaftsmitglieder. Alle diese Vereinbarungen hatten bereits dem Hamburger Gewerkschaftskongress (1908) vorgelegen, konnten aber damals ihre Erledigung nicht finden. Der diesjährige Gewerkschaftskongress zu Dresden wird endgültig über dieselben entscheiden.

Einige Vorkommnisse im Geltungsbereich lokaler Tarifverträge mit Konsumvereinen gaben Anlaß zur Erörterung der Frage, wie die Konsumvereine gegen Tarifbruch zu schützen seien. Es wurde die Unterstellung dieser lokalen Tarife unter das zentrale Tarifamt empfohlen. Auch wurde erklärt, daß die den Konsumvereinen unter Tarifbruch abgerungenen Zugeständnisse nicht verbindlicher Natur seien.

Recht eingehend wurde über den Geldverkehr in den Gewerkschaften und die Beziehungen der letzteren zur Bankeinstellung der Großhandels-gesellschaft deutscher Konsumvereine verhandelt. Ein namhafter Teil der Gewerkschaftsmitglieder ist bereits teils bei der Bankeinstellung der G.-G., teils bei einzelnen Konsumvereinen angelegt. Um diesen Geldverkehr im beiderseitigen Interesse förderlicher und nützlicher zu gestalten, wurden zahlreiche dankenswerte Informationen teils der anwesenden Genossenschaftsvertreter gegeben.

Daran knüpften sich noch Aussprachen über einige weitere die Gewerkschaften und Genossenschaften gemeinsam berührende Angelegenheiten. Den Rest der Verhandlungen der Konferenz bildeten interne Fragen der Gewerkschaftsbewegung.

Der 8. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands findet am Montag, den 26. Juni bis einschließlich 1. Juli, in Dresden im Saale des „Lobk“ statt. Als Tagesordnung ist vorläufig vorgegeben: 1. Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten. (Wahl der Kommissionen, Prüfung der Mandate.) 2. Rechenschaftsbericht der Generalkommission. 3. Beratung der Anträge, betreffend: a) Allgemeine Agitation. b) Agitation unter den fremdsprachigen Arbeitern. c) Streitunterstützung und Streitstatistik. d) Arbeiterinnen-Sekretariat. e) Korrespondenzblatt. f) Sozialpolitische Abteilung. g) Zentral-Arbeitersekretariat. h) Vereinbarungen mit dem Zentralverband deutscher Konsumvereine. 4. Das Koalitionsrecht in Deutschland und der Vorentwurf zu einem deutschen Strafgesetzbuch. 5. Heimarbeiterchutz und Hausarbeitsgesetz. 6. Arbeiterchutz und Arbeiterversicherung. 7. Arbeitsnachweis und Arbeitslosen-Unterstützung. 8. Die Stellung der Privatangestellten im Wirtschaftsleben. 9. Bil-

dungsbestrebungen und Bibliothekswejen in den Gewerkschaften. 10. Beratung der nicht unter den vorstehenden Punkten erledigten Anträge.

An die Vorstände der Krankenkassen sowie deren Vereinigungen im Deutschen Reich! Laut den Beschlüssen der Reichskommission der Krankenkassen vom 25. März 1911 und der Reichskonferenz der Krankenkassen-Vereinigungen im Deutschen Reich vom 26. März 1911 berufen wir hiermit den VI. Allgemeinen Krankenkassen-Kongress zum Sonntag, den 30. April 1911, vormittags 10 Uhr, nach Berlin, „Neue Welt“, Hasenheide 108/114, ein.

Tagesordnung: 1. Die Reichsversicherungsordnung (Krankenversicherung) nach der dritten Lesung der 16. Kommission des Reichstages. 2. Die Familien-Versicherung in den Krankenkassen als Mittel zur Bekämpfung der Volkskrankheiten. 3. Praktische Verwaltungsfragen aus dem Gebiet der Krankenversicherung. Wir eruchen die geehrten Kassen-Vorstände, unverzüglich hierzu Stellung zu nehmen, Delegationen zu wählen und den Kongress zu beschicken. Der Kongressbeitrag beträgt für jeden Kongress-Teilnehmer 6 M.

Es werden an die einzelnen Kassen auch noch schriftliche Einladungen ergehen.  
Berlin, den 30. März 1911.  
Zentrale für das Deutsche Krankenkassenwesen.  
E. Simanowski.

Mademische Unterrichtskurse für Arbeiter. Häufig werden Arbeiter, die durch Fleiß und Geschicklichkeit wohl in eine bessere Stellung gelangen könnten, durch eine Unkenntnis in den elementarsten Fächern des Volksschulunterrichts am Fortkommen gehindert. Besonders pflegen die Gemeindeschulen in der Provinz wegen der hohen Schülerzahl in den einzelnen Klassen ihren Schülern nur ganz oberflächliche und wenig haltende Kenntnisse zu übermitteln. Ungeordnete Familienverhältnisse, der Zwang zum frühen Beginn der Erwerbstätigkeit sind erfahrungsgemäß in vielen Fällen der Grund, daß strebsame Arbeiter mit einem Mangel in den Schulkenntnissen zu kämpfen haben. Auch erwachsenen Arbeitern und Arbeiterinnen die Möglichkeit zu bieten, Versäumnis nachzuholen, ist die Aufgabe der „Mademischen Arbeiter-Unterrichtskurse“. Diese wurden vor zehn Jahren an der Technischen Hochschule zu Charlottenburg gegründet. Seitdem sind etwa 25 deutsche Universitäten und Hochschulen diesem Beispiel gefolgt. Bereinigt sind sie in einer Zentralstelle, die ihren Sitz jetzt in Leipzig hat. Der Unterricht wird von Studenten erteilt, deren Arbeit unentgeltlich ist. Die Arbeiter haben für jeden Kurs im Semester eine einmalige Einschreibgebühr von 50 Pf. zu entrichten, die zur Vorfretzung der Verwaltungskosten verwendet werden. Der Unterricht hält sich frei von jeder politischen und konfessionellen Tendenz.

Der Unterricht erstreckt sich auf folgende Fächer: Rechtschreibung, Stillehre, Literatur und Aufsatz, Schönschreiben, Rechnen, Algebra, Geometrie, Geographie und Stenographie. Hinzu kommen bisweilen auch einige technische Fächer.

Die einzelnen Fächer gliedern sich in verschiedene Stufen. Der Eintritt in die untersten Stufen setzt keine Kenntnis voraus. Nach jedem Semester kann man in eine höhere Stufe eintreten.

Die Unterrichtszeit liegt in den Abendstunden von 8 bis 10 Uhr. Die Verwaltung ist in den Händen des Vorstandes, der aus der Mitte der Studenten gewählt wird, und eines Arbeiterausschusses.

Für den geselligen Zusammenschluß dienen zahlreiche Kunstabende, Sommer- und Winterfeste, Ausflüge und Museumsführungen, bei denen die Teilnahme meistens sehr reich ist.

In Groß-Berlin ist der Beginn des Sommersemesters in der ersten Maiwoche. Unterrichtslokale: für Charlottenburg und Moabit: Gemeindeschule 3 in Charlottenburg, Schloßstr. 2. Für Berlin: Gemeindeschule Stübstr. 23 a, Oberrealschule Niederwallstr. 12, 7. Realschule Mariannenstraße 47, Realschulmann Nixdorf, Kaiser-Friedrichstraße 208. Im Osten wird noch ein Lokal am Schlesischen Bahnhof eröffnet.

Die Anmeldungen erfolgen für die Kurse in Charlottenburg am 28., 29. und 30. April im Schullokal Schloßstraße 2 abends von 8—9 Uhr. Für Berlin am 20., 21., 22., 25. und 26. April abends von 8—10 Uhr in der Skantine des Zentralarbeitsnachweises Nüderstraße 9, außerdem für Nixdorf am Sonntag, den 23. April, morgens von 10—12 Uhr im Schullokal Kaiser-Friedrichstr. 208.

Programme sind in den öffentlichen Lesehallen, Gewerkschaftskasinos, Arbeitsnachweisen usw. zu haben.

Auskünfte werden erteilt auf der Geschäftsstelle Dorotheenstraße 60 täglich von 1/4—1/2 Uhr.

## Eingegangene Druckdriften.

Die Junge Welt. Unter diesem Titel erscheinen eben die ersten Bändchen einer Sammlung, die Joseph Luitpold Stern herausgibt und die besondere Beachtung verdienen. Hier wird der Versuch gemacht, eine billige Bibliothek für Arbeiter und Arbeiterinnen zu schaffen, eine Reihe schmuder Hefte, die dem Proletariat und vor allem der Arbeiterjugend in den festlichen Stunden der Muße die Freude am Leben und den Willen zur Tat kräftigen und läutern wollen. Band 1 enthält soziale Balladen, gesammelt von Josef Luitpold Stern. Die machtvollsten Balladen der deutschen Dichtung sind hier zusammengestellt, um dem aufmerksamen Leser die Größe der Solidarität, die Wucht wahrhaftigen sozialen Selbstentwurfs nahe zu rücken. Von den Vorämpfern der Menschheit, von den Revolutionshelden, von dem alten Germanen Helde und von den Helden der Gegenwart singt dieses Büchlein, das wohl bald in jeder Arbeiterhand liegen wird. — Band 2 hat Max Winter geschrieben: Soziales Wandern. Ein originelles Büchlein, das in fesselnder Weise uns darauf führt, wie wir wandern sollen, nicht gedankenlos vom Einkehr zum Einkehr, sondern mit Augen im Kopfe für alles was Mensch heißt und Menschenwert. Nicht auf die Zahl der zurückgelegten Kilometer kommt es an, sondern auf die Einsicht und das soziale Leben. An prächtigen Selbsterlebnissen zeigt uns Winter, wie er wandert und wir müssen ihm danken für seine Binde, die er uns da gibt. Der 3. Band Friedrich Schiller stammt aus der Feder Engelbert Bernerjörkers. Mit scharfen Strichen wird hier das große Bild dieses edlen Dichters festgehalten. Die ganze Bedeutung Schillers für unsere Kultur kommt hier klar und voll zum Ausdruck. Zugleich aber wird der Zusammenhang zwischen dem Schillerischen Geiste und der Ideenwelt des Sozialismus behandelt. Das Büchlein ist voll Schwung und Liebe und voll reicher Gedanken verfaßt. Der 4. Band Die Indianer, der Hugo Schulz zum Verfasser hat, hat sich zur Aufgabe gestellt, der Jugend ethnographische und historische Aufklärung über jene amerikanischen Eingeborenen-völker zu bieten, die sie fast ausschließlich aus den albernen und grauenvollen Wildbeißgeschichten kennt und darnach beurteilt. Jedes der vier Bändchen, die in der Wiener Volksbuchhandlung erschienen sind, kostet 20 Pf. und verbietet die weiteste Verbreitung. Die äußerst geschmackvoll ausgestattete Sammlung ist bei allen Kolporturen erhältlich. Wo dies ausnahmsweise nicht der Fall sein sollte, verbietet die Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand u. Co., Wien VI, Gumpendorferstraße 18, gegen Einsendung von 90 Hellern gleich 90 Pf. in Briefmarken diese Bändchen franco per Kreuzband.

## Der Sammlungskalender.

Dresden. Mittwoch, den 26. April, abends 1/2 Uhr, im großen Volkshausaal öffentliche Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag der Genossin Anna Grabauer. 2. Die bevorstehende Tarifrevision. 3. Gewerkschaftliches.

Zwidau. Mitgliederversammlung am Donnerstag, den 20. April 1911, abends 1/2 Uhr, im „Goldenen Becher“, Innere Leipzigerstr. — Tages-Ordnung: 1. Der Tarifkampf der Zwidauer Steindrucker und welche Lehren ziehen wir daraus? Referentin: Verbandsvorsitzende Stoll. Thiede-Berlin. 2. Diskussion.

## Adressenveränderungen.

Regensburg. Vorsitzender: Karl Dold, Weißgerbergraben 51 a part.

## Briefkasten.

P. M., Zwidau. Wir halten es für richtiger, wenn nach Beendigung der Bewegung ein abschließender Bericht gegeben wird und haben deshalb die Aufnahme der letzten Einfindung abgelehnt. —

## Abrechnungen

Das 4. Quartal haben in dieser Woche abgerechnet:  
Cottbus 24.20, Danzig 23.80, Lübeck 7.60, Schwabach 115.35, Stettin 212.75, Zittau 139.33 Mf.  
S. L o b a d l.

# Beilage zur „Solidarität“

Dr. 15.

Berlin, den 15. April 1911.

17. Jahrgang.

## Ueber 700 Millionen neuer Lasten.

III.

Ein etwas schwierigeres Gebiet bedeutet der Abschnitt: „Invaliden- und Altersversicherung und Witwen- und Waisenversicherung“ und unsere Stellung zu den einzelnen Fragen. Da die Invalidenversicherung die Grundlage für die neuen Zweige der Versicherung bildet, müßte sich unser Kampf zunächst gegen die Grundfehler der bestehenden Versicherung richten. In ihr sind die Arbeiter nach Lohnklassen eingeteilt. Scheinbar paßte man sich den tatsächlichen Verhältnissen an und verteilte Rechte und Pflichten nach der Höhe des Einkommens. Jedem Arbeiter muß es aber schon auffallen, daß die Beiträge keineswegs so wie der Lohn abgestuft sind. Hat ein Arbeiter einen Jahreslohn von 250 M., gehört er in die erste Lohnklasse und zahlt wöchentlich 14 Pf. Beitrag. Hat er zweimal 250 M. Jahres-einkommen, gehört er in die zweite Klasse, zahlt aber nicht zweimal 14 Pf., sondern nur 20 Pf. Bei dreimal 250 M. hat er 24 Pf., bei viermal 250 M. 30 Pf. und bei fünfmal 250 M. nur 36 Pf., also nicht fünfmal 14 gleich 70 Pf. zu zahlen. Diese Beitragsebemessung könnte der höher entlohnte Arbeiter als Unnehmlichkeit auffassen, wenn die Beitragshöhe nicht Grundlage für die Rentenberechnung wäre. Er spart zwar Beiträge, wird er aber invalide, bleibt die Rente um so weiter hinter dem verdienten Lohn zurück, je höher der Lohn war. Unsere Genossen stellten folgende Rechnung auf: Sind 14 Pf. Wochenbeitrag die Prämie für einen versicherten Jahresarbeitsverdienst von 250 M., dann sind 2 Pf. Wochenbeitrag die Prämie für 35 M. 71 $\frac{1}{2}$  Pf. Jahresverdienst. Folglich sind folgende Summen des Jahresarbeitsverdienstes versichert: In der Lohnklasse II 357 $\frac{1}{2}$  M., Lohnklasse III 428 $\frac{1}{2}$  M., Lohnklasse IV 535 $\frac{1}{2}$  M., Lohnklasse V 642 $\frac{1}{2}$  M. In der Lohnklasse V ist also noch nicht die Hälfte des angeblich versicherten Lohnes versichert. Nach den Beschlüssen der Kommission wird nun zwar der Beitrag für die Lohnklasse I um 2 Pf., und der für die Lohnklasse V um 12 Pf. erhöht, ohne daß eine Erhöhung der Invalidenrenten einträte. Die erhöhten Beiträge sollen der Witwen- und Waisenversorgung und den Renten für die Kinder von Invaliden dienen. Um nun eine Grundlage für annähernd ausreichende Versicherung für höher entlohnte Arbeiter zu haben, nahmen sie den Vorschlag der Vorlage an, nach der in der Lohnklasse I für 250 M. Jahresverdienst 16 Pf. Wochenbeitrag, also für je 31,25 M. Jahresverdienst 25 Pf. Wochenbeitrag erhoben werden soll. Wird bei jeder Lohnhöhe der gleiche Betrag für die gleiche Lohnsumme angenommen, kann man beliebige Lohnklassen aufbauen und auch einen Teil der Forderungen der Privatbeamten befriedigen.

Die Rentenberechnung ist gegenwärtig auf dem Grundsatze der Grundbeträge und der Steigerungssätze aufgebaut. Gegen dieses System wird geltend gemacht, daß es dem Versicherten ermögliche, für die gleichen Beiträge verschiedene hohe Renten zu erlangen, je nachdem, ob er dauernd in der mittleren Lohnklasse zahlt oder ob er die gleiche Summe für Marken der I. und V. Lohnklasse anlegt. Sicher ist ja, daß der Versicherte durch die Grundbeträge nach kürzerer Dauer der Beitragszahlung eine Rente erhält, die den Kapitalwert der Beiträge erheblich übersteigt. Die Verschärfung dieser Mißstände suchen unsere Genossen dadurch zu vermeiden, daß sie für die erhöhten Beiträge keine Erhöhung der Grundbeträge, sondern nur eine Erhöhung der Steigerungssätze fordern. Bei der Anmessung der Höhe der Steigerungssätze griffen sie nicht etwa willkürlich Ziffern heraus, oder folgten Be-

rechnungen privater Versicherungstechniker, sondern stützten sich auf Berechnungen der Regierungen, die eine zeitlang auch Grundlage für gesetzliche Bestimmungen gewesen sind. Früher war der Grundbetrag für alle Klassen einheitlich auf 50,— M. festgesetzt. Als Steigerungssätze galten für die Lohnklasse I 2 Pf., für die Lohnklasse II 6 Pf., Lohnklasse III 9 Pf. und Lohnklasse IV 13 Pf. für jeden Wochenbeitrag. Man gab also für 14 Pf. Wochenbeitrag 60,— M. Grundbetrag und 2 Pf. Steigerungssatz. Der Steigerungssatz ist durch die Novelle von 1900 noch um einen Pfennig erhöht. Für den höheren Beitrag gab man also: In der Lohnklasse II für 6 Pf. Beitrag 4 Pf. Steigerung, in Lohnklasse III für 10 Pf. 7 Pf. Steigerung und in Lohnklasse IV für 16 Pf. 11 Pf. Steigerung.

Nach dem Antrage unserer Genossen sollte der Wochenbeitrag für die Lohnklasse V statt 48 Pf. 88 Pf. betragen. Hierfür sollten die Versicherten dann 100,— M. Grundbetrag, 36 Pf. Steigerung und Reichszuschuß erhalten. Im Vergleich zu dem geltenden Gesetz und der Vorlage würde sich die Rente für die V. Lohnklasse wie folgt gestaltet haben:

Zahl der Wochenbeiträge	Rente ohne Reichszuschuß	
	nach dem Gesetz	nach den Anträgen der Sozialdemokraten
500	160 M.	280 M.
1000	220 "	460 "
1500	280 "	640 "
2000	340 "	820 "
2500	400 "	1000 "

Ganz ähnlich würde sich dann auch die Witwen- und Waisenrente gestalten, da der Rentenanspruch des Mannes als Grundlage für die Witwen- und Waisenrentenberechnung gelten soll. Wenn wir für die Renten ähnliche Renten forderten, wie sie bei der Unfallversicherung gefordert werden, so standen unsere Genossen auch hier nicht allein. Als Freiherr v. Stumm seinerzeit die Witwenversorgung forderte, sagte er, daß es zwischen den Witwen der Arbeiter, die durch einen Unfall das Leben verloren, und den Arbeitern, die im Dienste des Kapitals die Schwindsucht bekommen haben, keinen Unterschied geben solle.

Gewiß ist es richtig, daß die Schwangeren- und Mutterchaftsversicherung und die Witwen- und Waisenversorgung nicht billig sind. Ob sie gerade 700 Millionen Mark erfordern, oder ob mehr oder weniger, vermögen wir nicht zu sagen. Die Rechnungen der Versicherungsmathematiker der Regierung sind nicht immer ganz zuverlässig. Wie sich die Herren manchmal verrechnen, mögen folgende Beispiele zeigen: Als die Alters- und Invalidenversicherung in Kraft trat, hatten die Mathematiker ausgerechnet, daß die Beiträge je nach der Klasse um 150 bis 126 Prozent erhöht werden müßten, damit bis 1970 ein Vermögen von 2000 Millionen Mark angesammelt sei. Nun sind nicht die Beiträge, wohl aber die Renten erhöht worden, trotzdem waren bis zum Schlusse des Jahres 1910 schon 1660 Millionen Mark angesammelt. Noch weiter schossen die Herren am Ziel vorbei, als sie 1887 die wahrscheinliche Belastung der Seeberufsgenossenschaft „berechneten“. Sie nahmen an, daß 1908 in der Seeberufsgenossenschaft 36 914 Personen versichert sein würden und 5492 Witwen, 2402 Waisen und 1589 Verletzte zu unterstützen. Tatsächlich waren 77 345 Personen versichert. Statt der erwarteten Zahl von 5294 Witwen waren nur 1274 und statt der erwarteten 2402 Waisen nur 1400 vorhanden. Nur die Zahl der Verletzten überstieg die erwartete Ziffer um 917, was auf die Steigerung der Zahl der Versicherten zurückzuführen war.

Bei allen solchen Berechnungen rechnen die Mathematiker mit den denkbar ungünstigsten Verhältnissen und geben darum Belastungsziffern, die nur selten erreicht werden.

Es ist übrigens gleichgültig, wie hohe Summen nötig sind, weil keine neuen Lasten geschaffen werden. Die Sozialdemokraten wollen keinem Menschen, bei dem nicht die in den Versicherungsgesetzen gegebenen Voraussetzungen vorhanden sind, auch nur einen Pfennig zuwenden. Die Lasten werden tatsächlich auch jetzt getragen, nur daß die Kranken, die Schwangeren, die Verletzten, die Invaliden, die Alten, die Witwen und Waisen die Träger dieser Lasten sind. Der Ausbau der Versicherung würde nur eine andere Verteilung bereits vorhandener Lasten bedeuten, nur daß die andere Verteilung in Wahrheit eine Verminderung der Lasten herbeiführt. Wenn der Kranke hinreichend ernährt wird, tritt eine schnellere Heilung und eine Verhütung der Invalidität ein. Werden die Schwangeren und die Mütter unterstützt, wird manche Frau vor lebenslänglichem Siechtum bewahrt. Die scheinbare Steigerung der Ausgaben bringt eine Verminderung der Gesamtlast. Darin unterscheiden sich solche Ausgaben von den Lasten, die durch Bewilligung neuer Panzerschiffe und neuer Regimenter entstehen. Bürden Panzerschiffe und Regimenter nicht bewilligt, wären die Ausgaben nicht vorhanden. Die Fälle aber, in denen die Arbeiterversicherung eingreifen soll, sind vorhanden. Es ist eine geradezu lächerliche Behauptung, daß die Gesellschaft die materiellen Lasten nicht tragen könne, die jetzt von einer viel geringeren Zahl besonders Unglücklicher getragen werden müssen. Es ist darum verlogen, von neuen Lasten zu sprechen. Es sind doch immer noch die Glücklichen, für die die Versicherung schließlich eine „Last“ bedeutet. Wer immer Krankentafelbeiträge zahlt, ohne je krank zu werden, wer nie einen Unfall erleidet, und nicht invalide wird, wessen Frau nicht Witwe wird und wessen Kinder nicht frühzeitig Waisen werden, hat trotz der zu zahlenden Beiträge kein Recht, zu klagen. Ursache zu klagen haben die Armen, die die Versicherung am stärksten belasten.

Ist das Beitragszahlen eine Last, warum beantragt das Zentrum dann nicht, auch die gegenwärtig vorhandene Last von mehr als 700 Millionen zu beseitigen? Warum fordert es dann nicht Beseitigung der Arbeiterversicherung? Stellt man die Frage so, ist die Antwort unvermeidlich, daß die Beiträge dazu dienen, Not zu lindern.

Die Unternehmer behaupten freilich, die gegenwärtigen Beiträge belasteten die Industrie. Von den 717 153 000 Mark, die 1908 an Beiträgen erhoben wurden, zahlten die Arbeiter 328 431 400 Mark selbst; die Unternehmer hatten 388 721 600 Mark zu zahlen, das heißt, um diese Summe erhöhten sich die Produktionskosten aller von Arbeitern geleisteten Arbeit und persönlichen Dienstleistungen. Da hier die ganze Produktion und der gesamte Verkehr in Frage kommen, verteilt sich die Last auf alle geschaffenen Werte, die man auf mindestens 300 000 Millionen Mark schätzen kann. Der Unternehmerbeitrag würde also den Preis von Waren im Betrage von 80,— M. um eine Mark steigern, die der Unternehmer ohne Schwierigkeit auf den Käufer abzuwälzen vermag.

Von den 700 Millionen Mark neuer Beiträge, die bei Durchführung der von den Sozialdemokraten geforderten Verbesserung der Arbeiterversicherung erforderlich wären, würden die Arbeiter wohl auch 300 Millionen Mark selbst zahlen. Die Wirkung wäre, daß die Arbeiter, wenn sie gesund und arbeitsfähig sind, 3,— M. zahlen würden, um im Falle der Erkrankung, des Unfalls und der Invalidität oder bei Schwangerschaft der Frau, oder daß im Todesfalle ihre

Hinterbliebenen 7.— Mk. zurückbekämen. Zu den 400 Millionen Mark müßten sie als Konsumenten beitragen. 400 Millionen Mark Lasten auf alle in Deutschland erzeugten Produkte zu legen, hält das Zentrum für unmöglich. Durch den Buchertarif hat es mehr als 400 Millionen Mark neuer Lasten allein auf die Lebensmittel gelegt, um reiche Grundbesitzer zu bereichern. Im schwarz-blauen Block bewilligte es leichtes Herzens 400 Millionen Mark neuer Steuern, die auf den Verkehr, auf Tabak, Zigarren, Zündhölzer, Beleuchtungsmittel, Bier, Branntwein und andere Produkte gelegt wurden, um den Militarismus zu fördern. Für die Armen waagt es ähnliche Summen nicht zu fordern.

Von 1885 bis 1908 zahlten die Unternehmer für die Arbeiterversicherung 4 033 356 600 Mark Beiträge. Hat die Industrie dadurch Schaden erlitten? Kein anderes europäisches Land zeigt in dieser Zeit einen ähnlichen Aufschwung der Industrie. Hätten die Unternehmer die Summen aus der eigenen Tasche bezahlt, wären sie doch wohl ärmer geworden — das Umgekehrte trat ein; sie haben in den 23 Jahren fabelhafte Reichtümer aufgespeichert. Sie haben es verstanden, sich für die 4 1/2 Milliarden Mark Beiträge mindestens 5 Milliarden Mark von den Abnehmern der Waren zurückgeben zu lassen. Das ist schließlich auch berechtigt. Wie in der Ware der Abnutzungspreis für Maschinen und Werkzeuge zurückgezahlt wird, müssen auch die materiellen Lasten, die aus der Abnutzung der Arbeiter entstehen, ersetzt werden.

Es wäre zu wünschen, daß die Tätigkeit unserer Genossen in der Reichsversicherungsordnungscommission Gegenstand eingehender sachlicher Kritik würde. Dadurch würde die Frage der Arbeiterversicherung selbst in den Mittelpunkt der Erörterungen gerückt. Sehnt sich aber die Zentrumspresse nur nach sensationellen Leitartikel-Überschriften, raten wir ihr, über die Lasten zu schreiben, die das Zentrum dem Volk aufgebürdet hat. Sie braucht sich dann nicht mit Millionen zu begnügen, sondern kann Milliarden aufmarschieren lassen.

### Drei Jahrzehnte deutscher Bücher-ausfuhr. \*)

#### III.

Die deutsche Bücherausfuhr von 1884 bis 1910 nach den einzelnen Bestimmungsländern.

Die Ausfuhrwege der deutschen Waren sind wirtschaftliche Bande des praktischen Internationalismus, die fester halten als Saager Schiedsgerichtsverträge. Es ist auch ein Zeichen der klüger werdenden Zeit, daß heute in der Politik Freundschaft und Feindschaft wirtschaftlich gewertet wird. An sich ist diese Tatsache ja nichts weiter als das offene Bekenntnis zu den Triebfedern der meisten menschlichen Handlungen und Empfindungen; wirtschaftlichen Untergrunds waren alle großen Auseinandersetzungen der Zeit. Die Kreuzzüge waren im religiösen Gewand wirtschaftlich schärfster Zusammenstoß abendländischer und morgenländischer Besitzansprüche des Landweges nach Indien, daß das Amerika des Altertums war. Und die Reformation, die Zerstückung des ehemals einheitlichen Wirtschaftsgebietes von England bis Italien, hatte seine Wurzeln in dem neuentdeckten Wege nach dem Westen, nach Amerika, dem Lande unendlicher Schätze. Die Fahrt des Columbus selbst galt ja nur dem Zweck, den Seeweg nach Indien zu finden.

Wird an der Hand statistischer Unterlagen die wirtschaftliche Verbindung der verschiedenen politischen Farbstele der Erdugel studiert, so erkennt man erst richtig den Frevler, der mit nationaler Verhegung, Widerbergelungstheorien und Nichtverwechslungspropaganden heute, noch getrieben wird.

Der Bücherausfuhrhandel ist natürlich nur ein kleiner Teil des deutschen Exports, aber es läßt sich an ihm schon ganz gut lernen,

wie innig die wirtschaftliche Verbindung der Völker im allgemeinen ist. Das Wegfallen irgend eines wesentlichen Ausfuhrlandes würde für ganze deutsche Buchdruckgebiete die schärfsten und gefährlichsten Wirkungen erzeugen. Mit wie vielen Ländern allein die deutsche Bücherherstellung wirtschaftlich gebunden ist, zeigt die nachfolgende Statistik. Sie gibt eine Zusammenfassung der Tonnenmengen an Büchern, die seit 1884 auf dem regulären Handelswege aus Deutschland zu ihnen gekommen sind.

Festgehalten sei auch hier wieder, daß es sich bei den Zahlen um die Masse der Ausfuhrbücherproduktion handelt, die sich im Spezialhandel widerspiegelt. Der deutsche Generalhandel umfaßt auch die Mengen an Druckware, die durch deutsche Buchhändlerhände gehen, ohne innerhalb der schwarz-weiß-roten Grenzpfähle hergestellt zu sein. Die sogenannte Durchfuhr mußte wegfallen, um die reine Produktion für das Ausland festzuhalten. Ueber die Gewichte, die Wertsummen, die Feststellung der Bestimmungsländer usw. sagten wir schon im ersten Artikel alles Wissenswerte, es sei darauf noch einmal besonders hingewiesen.

Die Bücher-, Karten-, Musikalien- und Zeitschriftenausfuhr aus dem jeweiligen Zollgebiete des Deutschen Reiches betrug im Spezialhandel, nach den einzelnen Bestimmungsländern getrennt, in Tonnen zu 1000 Kilogramm:

Jahresbericht	Belgien	Dänemark	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Oesterreich-Ungarn	Eur. Ausland	Schweden	Schweiz	Japan	Ver. Staaten von Amerika
1910	245	260	729	326	205	567	5814	1134	235	1907	126	930
1909	195	230	623	349	233	499	6416	969	199	1798	112	1000
1908	185	245	612	342	212	472	6524	1027	207	1767	93	1060
1907	206	171	640	384	171	528	5946	1056	204	1755	—	1008
1906	170	137	642	413	134	439	4872	790	151	1457	—	952
1905	404	270	648	1021	242	839	7235	951	286	2193	—	1273
1904	357	233	679	1300	218	737	7134	1342	200	1926	—	1382
1903	350	211	595	1073	205	705	6627	1159	233	1789	—	1111
1902	299	205	532	900	223	664	6360	1150	241	1692	—	1163
1901	300	213	470	874	196	612	6312	1295	265	1615	—	1137
1900	296	233	661	779	200	648	6196	1311	241	1562	—	1116
1899	250	219	355	768	180	519	5543	1306	230	1499	—	965
1898	251	166	440	801	179	549	5497	1228	237	1623	—	999
1897	188	171	376	583	143	498	5241	1061	219	1667	—	1147
1896	207	156	365	547	142	512	5163	1023	200	1372	—	1294
1895	200	153	365	714	135	471	4755	937	198	1202	—	1269
1894	215	143	327	512	140	498	4384	808	183	998	—	1196
1893	199	149	257	475	137	504	4258	777	191	1110	—	1161
1892	162	158	330	497	151	441	3895	671	241	977	—	1383
1891	171	131	400	479	149	432	3869	747	228	951	—	1455
1890	166	137	317	413	145	397	3906	746	215	978	—	1370
1889	188	133	291	454	148	464	4021	787	178	852	—	1176
1888	200	120	300	325	140	417	3904	665	151	820	—	921
1887	202	115	322	339	159	364	3485	701	146	822	—	616
1886	174	118	345	290	160	349	3453	779	139	715	—	572
1885	181	114	328	273	150	378	3380	818	149	708	—	457
1884	130	116	301	227	126	343	3186	798	149	672	—	371

- \*) Von 1906 an nur Bücherausfuhr.
- \*) Nur die zehn Monate März bis Dezember.
- \*) Bis 1892 mit Norwegen zusammen.
- \*) Bis 1889 europäisches und asiatisches Rußland.

In die vorstehende Tabelle sind nur die allerwichtigsten und die wichtigsten Exportländer aufgenommen. Staaten, die zurzeit im Jahre weniger als 100 Tonnen Bücher von Deutschland erhalten, sind wegen ihrer geringen Bedeutung außer Acht gelassen worden.

Wird die Zusammenstellung, von 1884 ausgehend, betrachtet, so zeigt sich, daß unser Nachbarland Oesterreich-Ungarn schon damals weitaus das wichtigste Ausfuhrgebiet der deutschen Bücherproduktion war. Eine allgemeine Vergleichung ist nur bis 1905 möglich. Mit dem 1. März 1906 erfolgte, wie schon mitgeteilt, die durchgehende Neuregelung der Ausfuhrstatistik. Von 1906 an — 1906 erscheint nur mit zehn Monaten, März bis Dezember — ist die Ziffer demnach reine Bücherausfuhr, was zu beachten ist. Es läßt sich so gut erkennen, daß der Bücherexport nach dort im letztvergangenen Jahre einen Rückschritt getan hat. Als wichtigeres Ausfuhrgebiet hat sich dann auch noch das europäische Rußland erwiesen. — Von 1884 bis 1889 ist in den entsprechenden Ziffern auch der Export nach dem asiatischen Teile des Zarenreiches mit umfaßt. — Gegenüber dem Rückgang der Ziffer, die von 1909 zu 1910 bei Oesterreich-Ungarn eingetreten ist, erscheint die Steigerung der Bücherausfuhr

nach Rußland in derselben Zeit beachtlich. Für das andere große Ausfuhrland, die Schweiz, ergibt sich, Oesterreich-Ungarn gegenüber, das selbe Bild. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika, die das vierte große Exportgebiet der deutschen Bücherproduktion darstellen, zeigten 1910 einen Rückgang. Hier bleibt besonders zu beachten, was im vorigen Artikel in Nummer 13 der „Solidarität“ über die Veränderungen der Ausfuhrmengen durch den wirtschaftlichen Aufschwung im Produktionslande gesagt worden ist. Nach Belgien, Dänemark und Frankreich sind gegenüber den Vorjahren Fortschritte erzielt worden. Für Großbritannien und Italien läßt sich dies wieder nicht sagen. Die Niederlande, Schweden und das neue Exportland Japan können dagegen erfreuliche Fortschritte verzeichnen, die für das kleine Land im stillen Ozean besonders beachtlich sind, ist es doch das jüngste der wichtigeren Ausfuhrländer. Ein durchgehender Vergleich von 1884 bis 1910 ist, wie noch einmal hervorgehoben sei, außerordentlich schwer, und nur unter sehr großer Vorsicht möglich, weil die Bücherausfuhr bis 1906 nach den verschiedenen Staaten recht unterschiedlich stark mit dem Export von Karten, Musikalien und Zeitschriften verbunden ist. An den Unterschieden der Ziffern für 1905 und 1907 — 1906 sind nur zehn Monate! — zeigt sich dies recht deutlich.

Bei noch genauerem Eingehen auf die Einzelheiten der halb drei lange Jahrzehnte umfassenden Statistik läßt sich die Wirtschaftsgeschichte der einzelnen Staaten förmlich ablesen. So hat die für Rußland im plötzlich abwärts gehende Ziffer für 1905 ihre Ursachen im russisch-japanischen Krieg und der Revolution.

Von den Ausfuhrquanten oft durchaus verschiedenes sind die Ausfuhrwerte. Wir stellen sie in der folgenden Tabelle von 1893 an zusammen.

Die Bücher-, Karten-, Musikalien- und Zeitschriftenausfuhr aus dem jeweiligen Zollgebiete des Deutschen Reiches betrug im Spezialhandel, nach den einzelnen Bestimmungsländern getrennt,\*) in Werten zu 1 000 000 Mark:

Jahresbericht	Belgien	Dänemark	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Oesterreich-Ungarn	Eur. Ausland	Schweden	Schweiz	Japan	Ver. Staaten von Amerika
1909	0,8	0,9	2,6	1,7	1,0	2,8	22,3	4,2	1,1	6,5	0,7	3,8
1908	0,8	1,2	2,4	1,6	1,0	2,7	22,2	4,2	1,1	6,2	—	3,7
1907	0,8	0,8	2,5	1,5	0,9	2,8	21,2	4,3	1,0	6,8	—	3,1
1906	0,7	0,6	1,6	1,2	0,8	2,2	17,5	3,7	0,8	5,2	—	2,8
1905	2,4	1,6	3,8	6,0	1,4	5,0	42,3	5,6	1,7	12,3	—	7,4
1904	2,0	1,3	3,1	7,3	1,2	4,1	39,8	7,5	1,4	10,7	—	7,2
1903	2,0	1,2	3,3	6,0	1,1	4,0	37,0	6,5	1,3	10,0	—	7,0
1902	1,8	1,2	3,2	5,4	1,3	4,0	35,0	7,0	1,4	10,1	—	6,9
1901	1,8	1,3	4,3	4,9	1,1	3,4	35,3	7,3	1,5	9,0	—	6,4
1900	1,7	1,3	3,7	4,4	1,1	3,6	34,7	7,3	1,4	8,7	—	6,4
1899	1,4	1,2	2,0	4,3	1,0	3,0	31,0	7,3	1,3	8,4	—	5,4
1898	1,4	0,9	2,5	4,5	1,0	3,1	30,3	6,9	1,3	9,1	—	5,6
1897	1,0	0,9	2,0	3,1	0,8	2,7	28,8	5,7	1,2	9,0	—	6,2
1896	1,1	0,8	2,0	3,0	0,8	2,8	27,9	5,5	1,1	7,4	—	7,0
1895	1,0	0,7	1,8	3,4	0,6	2,3	22,8	4,5	0,9	5,8	—	6,0
1894	1,0	0,7	1,6	2,5	0,7	2,4	21,0	3,9	0,9	4,5	—	4,5
1893	1,0	0,7	1,5	2,4	0,7	2,5	21,3	3,9	1,0	5,6	—	3,3

Wird nach der vorstehenden Zusammenstellung die Entwicklung der Ausfuhr nach den einzelnen Ländern geprüft, so ergibt sich eine mitunter recht wesentliche Verschiebung der Meinung, die auf Grund der ersten Tabelle wohl zu bilden möglich gewesen wäre.

Zum Beispiel: das Quantum der nach Oesterreich-Ungarn ausgeführten Bücher ist 1909 geringer als 1906, die Wertsummen zeigen aber für 1909 gegenüber dem vorhergegangenen Jahre eine Steigerung. Es handelt sich bei der Ausfuhr eben nicht nur um die Menge, sondern auch um die Preise, unter denen sie abgesetzt worden ist. Leider konnte für 1910 der Wert des Exports nach den einzelnen Ausfuhrgebieten noch nicht mit eingefügt werden, weil darüber bis jetzt noch keine detaillierten Angaben vorliegen, sie erscheinen erst mit dem großen Werke über den Ausfuhrhandel des Deutschen Reiches.

Surt Feinig-Berlin.

\*) Sämtliche Anmerkungen der ersten Tabelle gelten auch bei der zweiten Tabelle.